№ 613
A 259
Morgen-Ausgabe

Berlin Vossische Zeitung

Sonnabend, 29. Dezember 1923

200 Milliarden

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1,50 Goldmark durch unsere Boten. Bezug durch die Post 6,50 Goldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark: mm-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3656—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Prags neues Bündnis.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

✱ **Prag**, 28. Dezember.

Ueber die Pariser Verhandlungen Benesch s, die demnächst zu einem politischen Abkommen mit Frankreich führen werden, erfährt Ihr Korrespondent von informierter Prager Seite:

Die Pariser Verhandlungen Beneschs gliedern sich in zwei Gruppen, deren erste das tschechoslowakisch-französische Verhältnis betrifft, und deren andere eine Reihe Fragen der allgemeinen europäischen Politik betrifft. Bei Ziff 1 ist zu bemerken: Beim heurigen Besuch Masaryks in Paris sind Vorbesprechungen darüber gehalten worden, wie die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei eine Formulierung finden könnten, die den Rang einer internationalen Abmachung besitze.

Der Aufenthalt Beneschs in Paris galt der Detaillierung dieser Vorbesprechungen. Es wurden die **Grundzüge eines politischen und finanzwirtschaftlichen Abkommens verelubart.** Die Redaktion, sozusagen die Paragraphierung, soll bei einer weiteren Beratung zwischen Benesch und den Vertretern des Pariser Außenministeriums erfolgen, worauf das unterzeichnete Protokoll in seinem Hauptinhalt offiziell veröffentlicht und dem Völkerbund mitgeteilt würde.

Neben diesen, das französisch-tschechische Verhältnis regelnden Fragen hat Benesch bei seinem Pariser Aufenthalt außerdem mit maßgebenden Faktoren das Verhältnis zu Ungarn diskutiert, soweit es dessen Befreiung von der Reparationszahlung, die Garantien für die Sanierungsanleihe und die Militärkontrolle betrifft. In dieser Hinsicht ist eine **vollständige Meinungskongruenz** erreicht worden, was die offizielle „Prager Presse" in einem Situationsbericht mit den Worten andeutet, daß nunmehr die ungarische Frage das **Beunruhigende für Mitteleuropa** verloren habe.

Ferner kam nach Rücksprache mit der französischen Regierung und den Botschaftern Englands und Italiens die letzte Forderung der Kleinen Entente zur Sprache, daß sie hinsichtlich der interalliierten Schulden ebenso freundschaftlich behandelt werden müsse, wie Ungarns Reparationslasten gemildert werden sollen, daß also in diesen zwei Fragen eine Proportionalität bestehen müsse.

Dazu kommt noch die Frage, wie jene Lasten, welche die Tschechoslowakei für ihre Befreiung zu tragen hatte, in einer endgültigen Summe fixiert werden sollen. Es sind dies z. B. die **Zahlung einer Befreiungstaxe an Frankreich, die Kosten für den Rücktransport der tschechischen Legionäre aus Sibirien an Amerika, die Ablösungssumme für das von Oesterreich übernommene Bahnmaterial.** Außerdem kam noch die ganze Frage der Einzahlung in die Liquidationsfonds zur Bereinigung.

Ein Sonderbericht der offiziösen „Prager Presse" bemerkt hierzu: Alle diese Besprechungen werden während des nächsten Aufenthalts Dr. Beneschs in Paris noch fortgeführt werden, wenn das engere Komitee des Völkerbundes zusammentreten wird, um die beiden Protokolle politischer und finanzieller Natur bezüglich der Anleihe zu unterzeichnen.

Dr. Benesch verhandelte ferner mit **militärischen Autoritäten über die Frage der Militärkontrolle in Ungarn,** die durch das letzte Völkerbundsdiktum noch nicht erledigt worden ist. Es besteht die Hoffnung, eine Formel zu finden, die für beide Teile annehmbar ist.

Was die Fragen der allgemeinen Politik anlangt, so hatte Dr. Benesch Gelegenheit, die Meinung sowohl der französischen Regierung als auch der anderen alliierten Mächte über das **Reparationsprobleme sowie über die derzeit mit Deutschland schwebenden Verhandlungen gründlich kennen zu lernen.** Ferner konnten in diesen Besprechungen auch die eventuelle Anerkennung Rußlands sowie die Handelsbeziehungen zu Rußland berührt werden.

Der offenbar inspirierte Bericht des offiziösen Blattes schließt mit dem Passus: „Im allgemeinen kann festgestellt werden, daß der Erfolg der Reise und der verschiedenen Besprechungen Dr. Beneschs ungemein befriedigend ist. Einerseits ist die Javorinafrage endgültig geregelt und die ungarische Frage auch auf dem besten Wege, in normaler Weise gelöst zu werden, anderseits hat man einen großen Schritt vorwärts getan in der Gestaltung der Beziehungen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei und ist damit zu Ergebnissen gelangt, welche sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht von großer Wichtigkeit sind."

Das Echo in London.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 28. Dezember.

Am 2. Januar wird unter dem Vorsitz von Baldwin eine Vollsitzung des englischen Kabinetts stattfinden, die sich mit der Thronrede, dem deutschen Memorandum über die Verwaltung von Rhein- und Ruhrgebiet sowie mit der neugeschaffenen Lage auf dem Balkan durch die Ereignisse in Griechenland und dem Bündnis der Tschechoslowakei mit Frankreich zu befassen haben wird.

Lord Derby begibt sich heute auf eine Woche nach Frankreich.

Der diplomatische Berichterstatter des „Evening Standard" hält heute abend dem Präsidenten Masaryk vor, daß er die englische Presse bei seinem Besuch in London irregeführt habe. Damals habe er nach seinem Besuch in Paris erklärt, die Tschechoslowakei erstrebe keinerlei Bündnis mit irgendeinem Lande der Entente. Jetzt stelle sich aber heraus, daß das Bündnis in allen seinen wesentlichen Bestandteilen damals, vor dem Besuch in London, bereits besprochen worden sei.

Frankreich will sichere Pfänder.

Rechberg im Palais Bourbon.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 28. Dezember.

Die französische Kammer hat heute um 4 Uhr nachmittags die außenpolitische Aussprache wieder aufgenommen, die sie seit mehreren Wochen jeden Freitag im Anschluß an eine größere Anzahl von Interpellationen zu halten pflegt. Heute sollte die Diskussion, nötigenfalls unter Zuhilfenahme einer Nachtsitzung, durch das übliche Vertrauensvotum für den Ministerpräsidenten Poincaré unter allen Umständen zum Abschluß gebracht werden. Doch es blieb bei der Absicht. Der außenpolitische „Schwerinstag" wird ins neue Jahr mit hinübergenommen.

Als letzter Interpellationsredner ergreift der Abgeordnete Paul Reynaud das Wort, welcher durch seine wiederholten Reisen nach Deutschland und sein Eintreten für den Reparationsplan des deutschen Kalindustriellen Rechberg bekanntgeworden ist. **Rechberg, der zurzeit in Paris ist, wohnt der heutigen Kammersitzung auf einer Zuhörertribüne bei.**

Paul Reynaud führt aus, er wolle sich nicht mit der Kritik der Vergangenheit aufhalten, sondern in die Zukunft blicken, wie sie nach dem französischen Sieg im Ruhrgebiet sich darstelle. Diejenigen, die der „Geist von Genua" erfülle, seien der Ansicht, daß das gesamte Problem der Reparationen möglichst rasch geregelt und die Pfänder aufgegeben werden müssen. Diejenigen aber, die der „Geist von Versailles" erfülle, träten ein für die Beibehaltung der Pfänder, damit eine Art von „eisernem Vorhang" das unbesetzte Deutschland vom besetzten Gebiet trenne. Die Politik des Geistes von Genua sei nach seiner Ansicht im gegenwärtigen Zeitpunkt unmöglich; die Politik des Geistes von Versailles erscheine ihm gefährlich.

Die internationale Regelung des Reparationsproblems stoße auf unüberwindliche Schwierigkeiten, deren erste das Problem der interalliierten Schulden sei, das bei der Haltung der Vereinigten Staaten nicht gelöst werden könne. Die zweite Schwierigkeit bestehe in den Hindernissen, die sich einer internationalen Anleihe in den Weg stellen. Die reichen Leute in Amerika gäben ihre Dollar lieber für innere Anleihen her, weil sie dann keine Einkommensteuer zu bezahlen brauchten. Die Europäer würden durch Beteiligung an einer Dollaranleihe ihre eigene Währung gefährden. Eine Frankenanleihe dürfte aber keinen Erfolg haben, weil das Publikum das damit verbundene Risiko nicht übernehmen wolle. Unter diesen Umständen sei der Anleihegedanke eine große Illusion, von der man sich freimachen müsse.

Die Lösung des „eisernen Vorhangs" scheitere notwendigerweise an der Tatsache, daß das Ruhrgebiet in diesem Falle einen „Hafen ohne Hinterland" darstellen würde. Die wirtschaftliche Entwicklung des Ruhrgebiets sei unmöglich, wenn es vom übrigen Deutschland abgeschnitt bleibe. Wenn Frankreich den Deutschen nicht irgendeine Möglichkeit für eine Verständigung biete, sei ein weiter Haß und ein Revanchekrieg zu befürchten. Frankreich könne nicht in einem Zustand latenter Feindschaft gegenüber England und Deutschland gleichgültig verharren. In England habe Frankreich die organisierten Kräfte, nämlich die Bureaus, die City, die Gewerkschaften und die Geistlichkeit gegen sich, die allesamt die „Gibraltars" der andern Mächte nicht lieben. (Zustimmung.) Die gleichzeitige Feindschaft Englands und Deutschlands würde für Frankreich unberechbare Folgen mit sich bringen.

Frankreich könne, so meint Reynaud, dieser Gefahr vorbeugen, denn es habe „großartige Karten in seinem Spiel". Die Ruhraktion habe den Erfolg gehabt, daß Frankreich jetzt direkt mit Deutschland sprechen könne. Vor einem Jahre habe Frankreich als Bittsteller dagestanden; heute seien die Blicke der ganzen Welt auf Frankreich gerichtet. Für Frankreich handle es sich jetzt darum, den günstigen Augenblick nicht vorübergehen zu lassen.

Als Reynaud dann den 24. September als den Tag der Einstellung des passiven Widerstandes nennt, ruft Poincaré dazwischen: „Der passive Widerstand war am 24. September nicht eingestellt, sondern die deutsche Regierung hat an diesem Tage noch Gelder zur Fortsetzung des Widerstandes geschickt!" Reynaud erwidert, auf jeden Fall habe **nicht Poincaré** den passiven Widerstand zum Aufhören gebracht, sondern die notwendige Entwicklung habe für Frankreich gearbeitet.

Am 10. Oktober habe Poincaré zu dem deutschen Geschäftsträger gesagt: „In Fragen des Ruhrgebietes wenden Sie sich an den General Degoutte, in Fragen des Rheinlandes an Herrn Tirard." — Zwischenruf Poincarés: „Das ist vollständig falsch."

Reynaud führt fort: Das Auftauchen von Ramsay Macdonald am politischen Horizont bedeute für die Deutschen eine neue Tatsache, die sich dadurch fühlbar mache, daß die Deutschen heute schon viel weniger flügelsamer seien als vor einem Monat. Am 24. September sei der Franc gestiegen, weil die Welt davon übergeugt war, daß Frankreich mit Deutschland verhandeln werde. Der Franc falle, weil die Welt glaube, daß keine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland erreicht werden wird. (Zustimmung links.)

Reynaud führt weiter aus, nach seiner Ansicht müßten vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland geregelt werden. Ohne ihre Regelung werde man weder die Reparationsfrage noch das Sicherheitsproblem lösen können. Es handele sich darum, die Harmonie wiederherzustellen, die durch zerstört worden sei, daß Kohle und Erz durch eine Grenze getrennt sind. Man habe versucht, das Problem durch die Beteiligungen zu lösen, aber merkwürdigerweise hätten die französischen Grubenbesitzer sich Interessen an den deutschen Kohlengruben gesichert.

Zwischenbemerkung Poincarés: „Nennen Sie Abmachungen solcher Art? Die Regierung hat von dergleichen keine Kenntnis! Auf jeden Fall hat die Regierung erklärt, daß sie alles tun wird, um zu verhüten, daß solche Abmachungen ohne ihre Genehmigung unterzeichnet werden."

Reynaud antwortet, es sei von größter Wichtigkeit, daß die Beteiligungen unter der Kontrolle der Regierung erfolgten. Die Beteiligungen sind nach seiner Ansicht ein sehr nützliches Mittel, um zu einer Lösung des Reparationsproblems zu gelangen. Im Saargebiet seien ausgezeichnete Verträge solcher Art abgeschlossen worden, die man als Vorbild nehmen könne. Die Belgier hätten sich dadurch bereits inspirieren lassen. — Poincaré ruft dazwischen: „Wir auch! Ich habe Herrn Rechberg selbst empfangen." — Reynaud: Falls die Beteiligungen zustande kämen, würden die Franzosen morgen die Aktionäre Deutschlands sein. Diese Interessenversicherung wäre zugleich die beste Gewähr für Frankreichs Sicherheit.

Paul Reynaud spricht dann über die innere Lage in Deutschland. Er behauptet, daß die deutsche Demokratie sich niemals ernstlich bemüht habe, Frankreich die Ueberwindung seiner Schwierigkeiten zu erleichtern, und daß die Sozialdemokratie in den Augen des deutschen Volkes bankerott gemacht hat. Die Rentenmark wird von dem Redner als eine „Schöpfung der deutschen Agrarier" bezeichnet. Die deutsche Regierung liegt nach seiner Behauptung definitiv in den Händen der Agrarier, d. h. der äußersten Rechten". Reynaud vergleicht die Haltung der deutschen Sozialdemokratie während des Ruhrkonfliktes mit ihrer Haltung während des Weltkrieges. Er betont weiter, daß drei Sozialdemokraten dem Kabinett angehört haben, welches die Rückkehr des Kronprinzen erlaubte.

Poincaré: „Diese sozialdemokratischen Minister haben die Rückkehr ausdrücklich gebilligt."

Reynaud erklärt, deshalb wolle er keine Politik, die ausschließlich auf die deutsche Demokratie begründet sei.

Nach dieser Absage an die deutsche Demokratie, bei der die Erwähnung des früheren Kronprinzen durch den französischen Verteidiger des Rechberg-Projektes besonders pikant wirkte, erklärte Paul Reynaud, die **Herstellung einer Interessenverbindung durch die Methode der Industriebeteiligungen sei die einzig mögliche Lösung des deutsch-französischen Problems.** Er führte weiter aus, eine derartige deutsch-französische Wirtschaftsverständigung werde zweifellos den Beginn einer allgemeinen Verständigung, der auch andere beitreten würden, bedeuten.

Im letzten Teil der Rede polemisierte der zum Millerandblock gehörige Abgeordnete gegen den linken Block. Er vertrat gegen Radikale und Sozialisten die Auffassung, daß die Ruhraktion notwendig war, um zu einer Verständigung mit Deutschland gelangen zu können. Er stellt dem radikalen Führer die folgenden drei Fragen:

„Dürfen Sie denen die Hand bieten, die behaupten, die Ruhraktion sei ein Verbrechen? (Stürmischer Beifall auf der Mitte und